

[SAPMO-BArch DY 30/ J IV 2/3A / 4754, Bl. 85-91

Abschrift - Das Reinschriftprotokoll DY30/ J IV 2/3 / 4322 enthält nur die Anlage „Vorschlag von Maßnahmen ...“]

Abteilung
Transport- und Nachrichtenwesen
56

Berlin, 19. 10. 1988
18 Exemplare je 7 Blatt
13. Exemplar 7 Blatt

S t e l l u n g n a h m e
zur Vorlage für das Sekretariat des ZK der SED

Betreff: Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des Verkehrswesens in Westberlin

Wir schlagen vor, dem Beschlußentwurf zuzustimmen.

Begründung:

Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen werden die steigenden Lebenshaltungskosten für die in Westberlin beschäftigten Werktätigen des Verkehrswesens ausgeglichen.
Die dafür erforderlichen Valutamittel werden durch Rationalisierungsmaßnahmen und Initiativen zur Erhöhung der Effektivität erwirtschaftet.

[Wöstenfeld]
Abteilung
Transport- und Nachrichtenwesen

[Ehrensperger]
Abteilung
Planung und Finanzen

[Rettner]
Abteilung Internationale Politik und Wirtschaft

Zur Behandlung der Vorlage sollen eingeladen werden:

Genosse Otto Arndt
Genosse Günter Ehrensperger
Genosse Dieter Wöstenfeld
Genosse Karl Kalauch
Genosse Gunter Rettner

Den Beschluß sollen erhalten:

Genosse Otto Arndt
Genosse Günter Ehrensperger
Genosse Dieter Wöstenfeld
Genosse Karl Kalauch
Genosse Gunter Rettner

Die Stellungnahme wurde ausgearbeitet von:

Genossen Jürgen Hein, politischer Mitarbeiter der Abt.
Transport- und Nachrichtenwesen

Verteiler:

1. - 13. Exemplar Büro des Politbüros
14. Exemplar Genosse Otto Arndt
15. Exemplar Genosse Günter Ehrensperger
16. Exemplar Genosse Dieter Wöstenfeld
17. Exemplar Genosse Gunter Rettner
18. Exemplar Genosse Karl Kalauch

Otto Arndt
Gerhard Schürer
Ernst Höfner
Karl Kalauch

Berlin, 12. Oktober 1988

V o r l a g e
für das Sekretariat des Zentralkomitees der SED

Betreff: Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des Verkehrswesens in Westberlin

Beschlußentwurf:

1. Dem Vorschlag von Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des Verkehrswesens in Westberlin wird zugestimmt (Anlage).
2. Die Maßnahmen sind im Rahmen der Valutasalden des Verkehrswesens für Westberlin zu sichern.

Verantwortlich: Minister für Verkehrswesen

Vorsitzender des Zentralvorstandes
der IG Transport- und
Nachrichtenwesen

[Arndt]	[Schürer]	[Höfner]	[Kalauch]
Arndt	Schürer	Höfner	Kalauch

Zur Behandlung der Vorlage sind einzuladen:

Genosse Otto Arndt
Genosse Günter Ehrensperger
Genosse Dieter Wöstenfeld
Genosse Karl Kalauch

Den Beschluß sollen erhalten:

Genosse Otto Arndt
Genosse Günter Ehrensperger
Genosse Dieter Wöstenfeld
Genosse Karl Kalauch

Verteiler:

1. - 13. Exemplar Mitglieder des Sekretariates des ZK
14. Exemplar Genosse Otto Arndt
15. Exemplar Genosse Günter Ehrensperger
16. Exemplar Genosse Dieter Wöstenfeld
17. Exemplar Genosse Karl Kalauch

Begründung

Die Durchsetzung der vom Sekretariat des ZK der SED 1986 getroffenen Entscheidung zur Erhöhung der Löhne und des Urlaubs für die Westberliner Eisenbahner ab 1. Januar 1987 hat wesentlich zur effektiveren Gestaltung der Transportprozesse beigetragen, so daß erstmalig das Verhältnis Einnahmen zu Ausgaben mit 251 TVM positiv gestaltet werden konnte. Diese Entwicklung findet bei den Eisenbahnern Westberlins Anerkennung und wird als eine wirksame Umsetzung der Verkehrspolitik der DDR in Westberlin gewertet.

Die Westberliner Beschäftigten des Verkehrswesens sind wie alle Bürger Westberlins wachsenden sozialen Belastungen ausgesetzt, die sich z. B. im Anstieg der Lebenshaltungskosten, in der Aufhebung der Mietpreisbindung sowie der Einführung neuer Tarife bei der BVG seit den letzten lohnpolitischen Maßnahmen im Jahre 1987 ausdrücken. Die Anfragen und Diskussionen unter den Westberliner Eisenbahnern zu Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen haben nach dem Tarifabschluß der Gewerkschaft ÖTV für die Jahre 1988 bis 1990 zugenommen.

Für die Eisenbahner und die übrigen Werktätigen des Verkehrswesens in Westberlin wurde mit den loohnerhöhenden Maßnahmen ab 1. Januar 1987 insbesondere der Anstieg der Lebenshaltungskosten seit 1985 ausgeglichen.

Ausgehend von der bestehenden Situation werden die im Vorschlag enthaltenen Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und der Verringerung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des Verkehrswesens mit Wohnsitz in Berlin (West) für erforderlich gehalten, um den weiteren Anstieg der Lebenshaltungskosten seit 1987 auszugleichen und darüber hinaus der Diskussion zu Arbeitszeitverkürzungen offensiv zu begegnen.

Durch die Beseitigung der Gehaltsgruppe 1 soll erreicht werden, daß die Arbeit der im Betreuungs- und Versorgungsbereich Beschäftigten eine größere Anerkennung erfährt.

Die Anhebung der Vergütung der Unfall- und Störbereitschaften dient der Stimulierung dieser für den Eisenbahnbetrieb wichtigen Aufgaben sowie der schrittweisen Angleichung an die Vergütung bei der Bundesbahn und der BVG in Berlin (West).

Für die Durchsetzung dieser Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und zur Verkürzung der Arbeitszeit entsteht insgesamt ein zusätzlicher finanzieller Aufwand von 1,8 Mio VM im Jahre 1989 und von 2,2 Mio VM im Jahre 1990.

Es wird davon ausgegangen, diese Mittel selbst zu erwirtschaften und keine Belastung der Zahlungsbilanz zuzulassen. Das erfordert,

1. durch Rationalisierungsmaßnahmen in den Jahren 1988/1989 den Personalbestand um weitere 70 VbE[=Vollbeschäftigteneinheiten] zu verringern und damit 1,9 Mio VM einzusparen.
Eine analoge Zielstellung besteht für das Jahr 1990.
2. durch eine noch effektivere Betriebsarbeit und Motivierung der Eisenbahner zusätzliche Valutaerlöse in Höhe von 200 TVM im Jahre 1989 und von 300 TVM im Jahre 1990 zu realisieren.

Diese Maßnahmen sind bei der Ausarbeitung der Jahresvolkswirtschaftspläne 1989 und 1990 zu berücksichtigen.

Vorschlag von Maßnahmen zur Erhöhung der Löhne und zur Verkürzung der Arbeitszeit für die Beschäftigten des Verkehrswesens in Westberlin

Zur weiteren Sicherung der Leistungen des Verkehrswesens in Westberlin sowie unter Beachtung der permanent wachsenden Belastungen der Beschäftigten des Verkehrswesens mit Wohnsitz in Berlin (West) wird vorgeschlagen,

1. den Tariflohn

- für Beschäftigte der DR und des Wasserstraßenhauptamtes zwischen 40,- DM/Monat und 60,- DM/Monat
- für Beschäftigte des Medizinischen Dienstes des Verkehrswesens der DDR zwischen 60,- DM/Monat und 80,- DM/Monat
- das Lehrlingsentgelt um 35,- DM/Monat

ab 1. Januar 1989 und ab 1. Januar 1990 erneut um den gleichen Betrag zu erhöhen.

2. die Vergütung von Unfall- und Störbereitschaften ab 1. Januar 1989 auf 2,- DM je Stunde zu erhöhen.

3. die Arbeitsaufgaben in der bisherigen Gehaltsgruppe 1 ab 1. Januar 1989 in die Gehaltsgruppe 2 zu überführen.

4. die Wochenarbeitszeit von 40 auf 39 Stunden für

- Beschäftigte im Schichtdienst ab 1. Juli 1989
- alle Beschäftigten ab 1. Juli 1990

zu verkürzen.